

## **Neukonzeption des Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur**

**Erinnerungsarbeit verstärken - rechtsextreme Gewalt in München aufarbeiten**  
**Antrag Nr. 20-26 / A 03255 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 09.11.2022**

### **Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 08358**

7 Anlagen:

1. Antrag Nr. 20-26 / A 03255
2. Organisatorische Zuordnung des Stadtarchivs; Gründung eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03810 vom 21.07.2021
3. Erläuterungen zur Genese und inhaltlichen Entwicklung der Fachbereiche
4. Stellungnahme des Kommunalreferats
5. Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats
6. Stellungnahme der Stadtkämmerei
7. Stellungnahme der Fachstelle für Demokratie

### **Beschluss des Kulturausschusses vom 08.12.2022 (VB)**

Öffentliche Sitzung

#### **I. Vortrag des Referenten:**

1. Anlass für die Vorlage

Die Vollversammlung des Münchner Stadtrats hat in ihrer Sitzung am 28.07.2021 die Gründung eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur im Kulturreferat beschlossen (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03810). Im Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur wurden das frühere Sachgebiet Zeitgeschichte des Stadtarchivs und der früheren Fachbereich Stadtgeschichte des Kulturreferats zusammengefasst. Das neue Institut, das als eigenständige Organisationseinheit innerhalb des Kulturreferats dauerhaft sichtbar bleiben soll, hat am 01.01.2022 die Arbeit aufgenommen.

Der rasche Vollzug der Aufnahme des Institutsbetriebs bereits sechs Monate nach dem Grundsatzbeschluss des Stadtrats erfolgte ausdrücklich auf Wunsch des Stadtrats. Dies hatte zur Folge, dass zwar die organisatorische Umsetzung der Mitarbeiter\*innen erfolgt ist, damit aber nur teilweise eine budgetäre Ausstattung verbunden ist. Diese Anpassung soll dem o. g. Antrag „Erinnerungsarbeit verstärken - rechtsextreme Gewalt in München aufarbeiten“ entsprechend mit dieser Vorlage nachgeholt werden. Ebenso wird die strategische Neuausrichtung vorgestellt, um eine zeitgemäße, nachhaltige und vielstimmige Auseinandersetzung mit Geschichte in der Gegenwart zu verorten. Erläuterungen zur Genese und inhaltlichen Entwicklung der einzelnen Fachbereiche finden sich in der Anlage 3.

Ein Anhörungsrecht eines Bezirksausschusses besteht nicht.

## 2. Im Einzelnen

### 2.1 Strategische Neuausrichtung

Mit der Realisierung der neuen Organisationseinheit wurde vom Stadtrat auch eine strategische Stärkung der kommunalen Geschichtsarbeit und der erinnerungskulturellen Aktivitäten intendiert. Diesem Auftrag folgend hat das Kulturreferat in einer ersten Findungsphase einen Organisationsprozess mit dem POR durchgeführt und referatsintern einen Kommunikationsprozess durchlaufen. Dabei wurden die bereits bestehenden Aufgabenfelder überprüft und eine strategische Neuausrichtung entwickelt.

Als Ergebnis wurde ein Mission Statement erarbeitet:

*Als kommunale Gedächtnisinstitution legen wir unseren Fokus auf die neuere Münchner Stadtgeschichte und ihre regionalen, nationalen und internationalen Bezüge. Die Verbindung geschichtlicher Rückschau mit Fragen der Gegenwart ist uns ein zentrales Anliegen. Erinnerung ist unser Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Wir wollen Menschen, Orte und prägende Ereignisse in das kollektive Gedächtnis bringen.*

*Uns geht es um Public History. Daher arbeiten wir mit und in der Öffentlichkeit und sind im Stadtraum präsent. Bürger\*innen sprechen wir mit unserer Geschichtsarbeit ebenso an wie Institutionen und Unternehmen. Wir schätzen das bürgerschaftliche Engagement und den offenen Dialog. Daraus entstehen verschiedene Stadterzählungen. Unsere Beiträge basieren auf wissenschaftlichen Grundlagen. Wir fördern, forschen, beraten, vernetzen und vermitteln. Mit Kooperationen und eigenen Projekten setzen wir Impulse und stoßen Diskussionen an, auch mit Mitteln der Kunst. Schwierige und kontroverse Themen unserer Stadtgeschichte scheuen wir nicht. Wir verhandeln mit vielen in der Stadt aktuelle und relevante Debatten angemessen und differenziert. Unser Selbstverständnis ist geprägt von Respekt, Empathie und Verantwortung.*

In diesem Rahmen wurde auch die Namensgebung intern diskutiert und allseitig die Bezeichnung „Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur“ als sperrig und für den täglichen Gebrauch als wenig praktikabel konstatiert. Bereits in der ersten Findungsphase hat sich als Arbeitsabkürzung nur noch „IfSE“ durchgesetzt, die für die künftige Repräsentation nicht akzeptabel sein kann. Um auch überregional eindeutig verortet und wahrgenommen zu werden, bedarf die neue Abteilung eines griffigen und aussagekräftigen Namens. Nach intensiver Beschäftigung mit der Namensgebung schlägt das Kulturreferat als neuen Namen für Abteilung 4 – Public History München – vor. Dies entspricht sowohl der inhaltlichen Ausrichtung wie auch dem Wunsch nach einer kurzen und eingängigen Bezeichnung für den Alltagsgebrauch.

Der Begriff Public History (deutsch: öffentliche Geschichte) umfasst ein breites Spektrum von Aktivitäten, die sich vorwiegend außerhalb des akademischen Umfelds mit Geschichte befassen. An deutschen Universitäten ist Public History als eigener Studienswerpunkt etabliert. Charakteristisch dafür sind die Anwendung historischer Methoden,

die Konzentration auf einen öffentlichen Nutzen, der über reine Aufbewahrung von Dokumenten und die akademische Bearbeitung des Feldes hinausgeht und vor allem auch auf die Praxis der Vermittlungsarbeit abzielt. Dazu gehören die Bereiche Erinnerungskultur, Denkmalpflege, Gedenkstättenarbeit, das Archivwesen, Oral History und Museumswesen.

Vorteil der Bezeichnung Public History ist auch, dass im internationalen Kontext eine eindeutige Entsprechung vorliegt.

Diese Beschlussvorlage stellt das Aufgabenprofil der Abteilung Public History im Kulturreferat vor. Die neue Abteilung besteht derzeit aus insgesamt 10,5 VZÄ, die in zwei Teams – dem Fachbereich Zeitgeschichte und Fachbereich Stadtgeschichte – arbeiten. Im Kern werden die langjährig etablierten und erfolgreichen Arbeitsbereiche

- Geschichte des Jüdischen Münchens
- Migrationsgeschichte
- Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen
- Historische belastete Straßennamen
- Kulturgeschichtspfade
- stadthistorische Programmreihen und Gedenkveranstaltungen
- Georg-Elser-Preis
- Dokumentation Oktoberfest-Attentat
- Neukonzeption und Realisierung von und Umgang mit bereits existierenden Erinnerungsorten (Gedenktafeln, Denkmälern u.a.) im öffentlichen Raum
- wie die Förderung der kommunalen Geschichtsarbeit

um drei Arbeitsbereiche erweitert:

- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
- Digital Memory
- Politisch motivierte Gewalt und Terror in München mit Schwerpunkt auf rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt- und Terrorakte

## 2.2 Roadmap für die Weiterentwicklung

Das Kulturreferat wird diese strategische Neuausrichtung in den nächsten drei Jahren umsetzen und die Synergien der bisher erfolgreichen Arbeitsfelder mit den neuen Anforderungen in Einklang bringen. Alleine die organisatorische Neuordnung der Fachbereiche unter dem Dach des Kulturreferats kann dieses Vorhaben nicht einlösen. Dazu bedarf es einer soliden personellen wie budgetären Ausstattung der neuen Organisationseinheit.

Eine solide Grundausstattung ist die Voraussetzung für folgende Handlungsziele bis 2025:

- Umsetzung und Fortschreibung des Organisationsprozesses der Abteilung zur Stärkung der Synergieeffekte

- Ausweitung des Programmangebots zu historischen / stadthistorischen Themen mit Gegenwartsbezug zur Stärkung der Demokratiebildung
- Stärkung von Teilhabe an kritischer Auseinandersetzung zur institutionellen Öffnung und diverser Multiperspektivität
- Entwicklung und Umsetzung von zeitgemäßen und digitalen Formaten
- Intensivierung der interdisziplinären Vernetzung und Kooperationen mit lokalen, überregionalen und internationalen Akteur\*innen und Institution der Geschichtswissenschaft zur Steigerung der Sichtbarkeit über München hinaus

Bei der Aufgabenklassifizierung handelt es sich um freiwillige und bürgernahe Aufgaben, die auf Dauer angelegt sind. Auslöser des Bedarfs ist die Entscheidung des Münchner Stadtrats, die sowohl eine quantitative Ausgabenausweitung vorsieht wie auch eine inhaltliche wie qualitative Veränderung der Aufgaben.

### 2.3 Aufgabenprofil der Abteilung 4 Public History München

Ziel der neuen Abteilung Public History München ist die Sichtbarmachung der Stadtgeschichte seit dem frühen 20. Jahrhundert und ein zeitgemäßer und kritischer Umgang damit. Das Institut fördert und gestaltet die lebendige Auseinandersetzung der Münchner Zivilgesellschaft mit Stadtgeschichte und gegenwartsbezogener Erinnerungsarbeit. Mit Hilfe von Kulturfördermitteln werden engagierte Menschen und innovative Ideen zusammengebracht. Die Mitarbeiter\*innen der Abteilung beraten lokale und überregionale Initiativen sowie gesellschaftliche Akteur\*innen bei ihren stadthistorischen und erinnerungskulturellen Projekten.

Die Abteilung entwickelt unter breiter Beteiligung Dritter stadtweite Programme und Veranstaltungen zu stadthistorisch relevanten Themen. So entstehen interdisziplinäre, multiperspektivische, subsidiär und dialogisch ausgerichtete Geschichts- und Kulturprogramme, in der sich die historische Rückschau mit gesellschaftlichen Fragen der Gegenwart verbindet.

Diesen Ansatz verfolgt die Abteilung Public History München auch bei der Ausgestaltung zentraler Gedenkveranstaltungen für die Landeshauptstadt im Zusammenwirken mit städtischen Dienststellen und Instituten (z.B. D-P, FgR, NSDZ u.a.) , etwa beim jährlichen Gedenken an die aus München deportierten Sinti\*innen und Rom\*innen oder beim Gedenken an das rechtsterroristische Oktoberfest-Attentat und an das rassistische Attentat am Olympia-Einkaufszentrum.

Das erfolgreich etablierte Gedenkprojekt "Erinnerungszeichen für die Todesopfer des Nationalsozialismus in München" wird unter dem Dach Public History fortgeführt. Darüber hinaus werden eigenständige Forschungsarbeiten zu stadthistorisch relevanten Fragestellungen und Themen initiiert, konzeptionell und fachlich begleitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang das Projekt

“Die Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus“, Das Oktoberfest-Attentat“ und die seit vielen Jahren erfolgreich etablierten Kulturgeschichtspfade.

In enger Zusammenarbeit mit Public Art München entwickelt Public History Programme zur Memorialkunst im öffentlichen Raum, realisiert neue Erinnerungsorte und betreut die Dokumentation Oktoberfest-Attentat. Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld ist die fachwissenschaftliche Beratung von Stadtrat und Verwaltung, etwa hinsichtlich des Umgangs mit historisch belasteten Straßennamen und anderen städtischen Erinnerungsprojekten.

## 2.4 Bedarfe für die bestehenden und weiterzuführenden Aufgabenfelder

### 2.4.1 Geschichte des jüdischen München

Der Arbeitsbereich Jüdische Geschichte ist im Fachbereich Zeitgeschichte mit 1 VZÄ ausgestattet. Im Zuge der Umsetzung ins Kulturreferat wurde für diesen Arbeitsbereich kein Budget aus dem Direktorium zur Übertragung bereitgestellt. Ohne Projektmittel kann eine nachhaltige Projekt- und Vermittlungsarbeit nicht fortgesetzt werden. Dafür wird dauerhaft ab 2023 eine Sachmittelausstattung i. H. v. 15.000 € beantragt.

### 2.4.2 Migrationsgeschichte

Im Zuge der Gründung der Abteilung 4 wurden 1 VZÄ vom Stadtarchiv ins Kulturreferat umgesetzt und 2022 nach der Konsolidierung 11.000 € Sachmittel vom Direktorium übertragen. Um die künftigen Aufgaben nachhaltig auszufüllen und umzusetzen, wird ab 2023 eine dauerhafte Sachmittelausstattung von jährlich 25.000 € beantragt.

### 2.4.3 Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen

Die Koordinierungsstelle wurde durch den Stadtratsbeschluss mit 2 VZÄ und einem umfassenden jährlichen Budget i. H. v. 175.000 € (investiv) und 30.000 € (konsumtiv) ausgestattet. Für 2022 bis 2024 wurden davon 17.500 € (investiv) und 3.000 € (konsumtiv) vom Direktorium konsolidiert und dort angerechnet, sodass dem Kulturreferat nur die verringerten Mittel übertragen wurden. Die eingesparten Mittel werden für die Jahre 2023 und 2024 dringend benötigt und hiermit beantragt.

### 2.4.4 Historisch belastete Straßennamen

Der Stadtratsauftrag zur Untersuchung der historisch belasteten Straßennamen ist zum 01.01.2022 auf Abteilung 4 im Kulturreferat übergegangen und wird von der Teamleitung des Fachbereichs Zeitgeschichte mit Unterstützung von freiberuflichen Mitarbeiter\*innen bearbeitet. Im Zuge der Gründung der Abteilung 4 wurden aus dem Direktorium dafür einmalig für das Jahr 2022 50.000 € übertragen. Für die Fortsetzung dieses Aufgabenfelds werden daher für 2023 50.000 € Sachmittelbudget und ab 2024 dauerhaft jährlich 30.000 € Sachmittelbudget beantragt.

#### 2.4.5 Kulturgeschichtspfade

Der Fachbereich Stadtgeschichte im Kulturreferat verantwortet das Projekt Kulturgeschichtspfade seit dem Stadtratsbeschluss von 2002 durch Steuerung der Konzeption, Recherchen und Umsetzung bis zur Drucklegung und Eröffnungsveranstaltungen. Für die Realisierung der KGP stehen dauerhaft Sachmittel i. H. v. 36.000 € zur Verfügung.

#### 2.4.6 Stadtgeschichtliche Programmreihen und Gedenkveranstaltungen

Für die Konzeption und Durchführung von Sonderprogrammen und Gedenkveranstaltungen steht eine 0,5 VZÄ aus dem Fachbereich Stadtgeschichte zur Verfügung. Die jeweilig benötigten Projektmittel variieren stark nach Dimension und Laufzeit der Programme/Veranstaltungen und werden in der Regel aus den bereitgestellten Projektmitteln bis zu einer Höhe von jährlich 30.000 € eingesetzt. Ausgenommen davon sind sehr große Programme, für die anderweitige Finanzierungen nötig sind.

#### 2.4.7 Georg-Elser-Preis

Der Preis wird seit 2013 alle zwei Jahre als Preis der Landeshauptstadt München verliehen. Der Fachbereich Stadtgeschichte hat es übernommen, das Juryverfahren durchzuführen und die Preisverleihung zu gestalten. Dafür werden bereitgestellte Projektmittel i. H. v. 10.000 € (davon 5.000 € Preisgeld) und Personalbedarfe aus dem Fachbereich Stadtgeschichte eingesetzt.

#### 2.4.8 Dokumentation Oktoberfest-Attentat und Forschungsprojekt

2015 initiierte die Stadt München ein Forschungsprojekt zum Oktoberfest-Attentat, dessen Leitung der Fachbereich Stadtgeschichte im Kulturreferat übernommen hat. Neben Zeitzeugeninterviews mit Betroffenen wurde 2018 eine Gedenktafel am Neuen Rathaus realisiert und 2020 die Dokumentation Oktoberfest-Attentat anlässlich des 40. Jahrestages der Öffentlichkeit übergeben. Im Oktober 2020 hat der Stadtrat für inhaltliche Betreuung des Dauerbetriebs und die Fortführung der Medienstationen dauerhaft Projektmittel i. H. v. 35.000 € bereitgestellt. Da es sich bei dieser Fortschreibung um zusätzliche Aufgaben – der fortzusetzenden Betreuung von Überlebenden, der Fortführung des Forschungsprojekts und der Installierung einer nachhaltigen Vermittlungsarbeit – handelt und dem Fachbereich Stadtgeschichte bisher für den Dauerbetrieb der Dokumentation keine Personalressourcen zur Verfügung stehen, wird hiermit ein Personalbedarf von dauerhaft 0,5 VZÄ (E 13) beantragt.

#### 2.4.9 Neukonzeption und Realisierung von und Umgang mit bereits existierenden Erinnerungsorten (Gedenktafeln, Denkmälern u.a.) im öffentlichen Raum

Mit dem Beschluss „Geschichte und Erinnern im öffentlichen Raum“ vom 06.11.2002 hat sich die Stadt München Rahmenbedingungen definiert, wie sie mit der Erinnerungskultur

im Stadtbild umgehen möchte. Der Fachbereich Stadtgeschichte hat seither die Federführung dafür übernommen, leitet die AG Gedenktafel und übernimmt die Konzeption und Realisierung neuer wie auch die inhaltliche Fortentwicklung existierender Erinnerungsorte der Stadt München.

Die Aufgabenerfüllung dieses Tätigkeitsfeldes wird durch die Teamleitung des Fachbereichs Stadtgeschichte und die Teamleitung Public Art München (Abt. 1) mit Unterstützung einer 0,5 VZÄ übernommen. Benötigte Sachmittel für neue Denkmalsetzungen werden projektbezogen vom Stadtrat beantragt.

#### 2.4.10 Förderung und Teilhabe

Auch künftig wird die neue Abteilung Public History München als eine Förderabteilung einem interdisziplinären Akteur\*innenspektrum ermöglichen, eigene und neue Zugänge zu Geschichte und Gesellschaft zu eröffnen. Der Fachbereich Stadtgeschichte tut dies bereit seit vielen Jahren. Künftig werden alle Mitarbeiter\*innen der Abteilung Initiativen bei der Realisierung von Projekten beraten und Zuschussanträge darunter rund 40 aktive Geschichtsinitiativen und eine Vielzahl lokaler Kulturakteur\*innen bearbeiten.

#### 2.4.11 Verwaltung

Im Zuge der Gründung der Abteilung 4 wurde die Weiterbeschäftigung einer Verwaltungskraft (1 VZÄ, A 10) aus dem Direktorium im Fachbereich Zeitgeschichte für 2022 kurzfristig aus Kulturreferatsmitteln finanziert. Um den geordneten Betrieb zu gewährleisten, wird hiermit die dauerhafte Einrichtung einer neuen Personalstelle in der Verwaltung (1 VZÄ, A10 ) beantragt.

### 2.5 Bedarfe für neue Arbeitsfelder

#### 2.5.1 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Mit Beschluss des Stadtrats vom 28.07.2021 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03810) wurde bereits die Einrichtung einer neuen Stelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit bewilligt, die eine sachgerechte und nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen soll. Zum 01.09.2022 konnte die Stelle (1 VZÄ) bereits besetzt werden.

Die Abteilung Public History München fungiert in vielfältiger Weise als Schnittstelle zu einer historisch und erinnerungskulturell interessierten Stadtgesellschaft. Die Darstellung und Vermittlung der Arbeit des Instituts nach Außen ist daher zentral. Sie umfasst neben den klassischen Formaten der Kommunikation auch die sich dynamisch verändernden Formate digitaler Kommunikation und reagiert auf die zunehmend virtuelle Rezeption und Diskussion von geschichtlichen bzw. erinnerungskulturellen Themen durch die Öffentlichkeit.

Die Notwendigkeit einer sachgerecht gestalteten Öffentlichkeitsarbeit für alle Tätigkeitsfelder des Instituts ergibt sich nicht nur aus dem Anspruch eines intensiven Dialogs mit historisch interessierten Einzelpersonen und Initiativen, sondern auch aus der Tatsache, dass die Arbeitsfelder eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur auch politisch kontroverse und gesellschaftlich heftig umkämpfte Themenfelder wie die Kolonialgeschichte, Migrationsphänomene oder die Erinnerungskultur im öffentlichen Raum (Kriegerdenkmäler, umstrittene Personendenkmäler) beinhalten. In diesem Zusammenhang ist auch die Thematik der „Straßenumbenennungen“ zu sehen. Um dieses sensible und hochbrisante Thema besser vermitteln zu können, soll künftig ein Weg zu einer stärkeren Information der Öffentlichkeit über die Entscheidungsfindung und zu einer Beteiligung von interessierten Bürger\*innen sowie thematisch betroffenen Initiativen und Aktivist\*innen gefunden werden.

Als Tätigkeitsfelder wurden definiert: Inhaltliche Konzeption und Planung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Koordination und Realisierung, Strategieentwicklung einer Online-Kommunikation und deren Fortschreibung, Konzeption, Realisierung und Weiterentwicklung einer Webseite und Social-Media-Auftritte der Abteilung Public History München.

Für die Realisierung dieser neuen Tätigkeitsfelder wird eine dauerhafte Ausstattung i. H. v. jährlich 30.000 € beantragt.

### 2.5.2 Digital Memory

Die digitale Transformation betrifft auch die Erinnerungskultur: Einerseits durchdringt die Digitalisierung die Arbeit der Gedächtniseinrichtungen selbst und bietet erhebliches Entwicklungspotential, andererseits findet die Auseinandersetzung mit Geschichte immer stärker in digitalen Formaten statt. Digitale Projekte – wie digitale Ausstellungen, didaktische Angebote oder auch künstlerische Auseinandersetzungen mit Geschichte – sind heute integraler Bestandteil der historischen Wissensvermittlung. Mit der Coronapandemie haben diese Formen noch einmal mehr an Bedeutung gewonnen und gleichzeitig die großen Potentiale offengelegt, weit über das bisherige Zielgruppenpublikum hinauszugreifen. So vermittelte etwa 2018/2019 ein virtueller, fiktionaler Avatar des Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner sehr erfolgreich einem breiten Publikum über mehrere Wochen lang per Messengerdienst Informationen über 100 Jahre Revolution und Rätezeit in Bayern.

In den letzten Jahren erreichen daher auch das Kulturreferat zunehmend Zuschussanträge aus dem Bereich Digital Memory, die sehr gerne gefördert wurden. Diese erfordern in der Regel eine hohe Beratungsleistung, um sowohl zum Gelingen eines Projekts beizutragen, aber vor allem um den nachhaltigen Einsatz von Kulturfördermitteln sicherzustellen.

Neben der Förderung von zusätzlichen zeitgemäßen Formen der Vermittlung beinhaltet Digital Memory als Arbeitsfeld den Bereich der Wissensspeicherung von historischen Informationen. Digitale Anwendungen ermöglichen eine schnelle und niederschwellige Erreichbarkeit wie auch eine sinnvolle Kontextualisierung von komplexen Informationen. Die neue Abteilung 4 im Kulturreferat unterhält bereits digitale Anwendungen – u.a. das Biographische Onlinegedenkbuch der Münchner Jüdinnen und Juden 1933 – 1945 ([www.gedenkbuch.muenchen.de](http://www.gedenkbuch.muenchen.de)) oder zu den Erinnerungszeichen ([www.erinnerungszeichen.de](http://www.erinnerungszeichen.de) mit Kartenanwendung), und zum Oktoberfest-Attentat. Alle tragen in besonderem Maße dazu bei, den Zugang zu Wissen zu demokratisieren und Desinformationen und Instrumentalisierung von Geschichte im Netz entgegenzuwirken. Zudem regen sie zur Mitgestaltung an und fördern die Eigeninitiative der User\*innen.

Digitale Anwendungen dieser Art bedürfen inhaltliche Konzeptionierung, technische Entwicklung und Pflege insbesondere bei Fragen der Speicherung und Aufbereitung von Informationen in Datenbanken und anderen Content Management Systemen. Im Gegensatz zu den vielfältigen digitalen Onlineanwendungen (Frontend) steht die Speicherung und Aufbereitung von digitalen Informationen (Backend) noch am Anfang. In der neuen Abteilung Public History soll die Basis einer kommunalen Strategie gelegt werden, Schnittstellen für eine Vernetzung zwischen den verschiedenen Kompetenzzentren und Gedächtnisinstitutionen der LHM zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die nachhaltige Sicherung der Inhalte zu gewährleisten.

So werden beispielsweise derzeit die Datenbanken zu den Opfern der NS-Diktatur am NS-Dokumentationszentrum und Public History München in eine zentrale Anwendung überführt, aus der sich künftig die unterschiedlichen Onlineangebote beider Institutionen speisen werden. Die gemeinsame Arbeit an einer Anwendung fördert innerstädtische Synergien, der gemeinsame Datenpool reduziert inhaltliche Unstimmigkeiten und schafft Transparenz für die User\*innen weltweit.

Somit versteht die Abteilung Public History das Arbeitsspektrum von Digital Memory als wichtige Ergänzung zu bisherigen Gedenkformaten, aber auch als einen eigenen und nachhaltigen Beitrag zur städtischen Erinnerungskultur.

Weitere Projekte im Bereich Digital Memory sind in Planung:

- Zusammen mit dem Geodatenservice und anderen städtischen Referaten wird eine zentrale Lösung für die Bereitstellung historischer Dienstleistungen gesucht. So soll die Möglichkeit geschaffen werden, künftig auch ältere historische Adressen im Geodatenpool zu finden und auf der aktuellen Stadtkarte darstellen zu können.
- Gemeinsam mit dem Stadtarchiv wird an der Digitalisierung und Bereitstellung von Quellen für alle Opfer der NS-Diktatur sowie deren Darstellung im Onlinegedenkbuch und dem künftigen digitalen Namensdenkmal gearbeitet.
- Vernetzung mit anderen digitalen Informationsquellen bspw. anderen Opferdatenbanken in Yad Vashem, Arolsen Archives und dem Bundesarchiv. Für Orte und

Personen der jüdischen Stadtgeschichte wird u.a. eine dauerhafte Verbindung zum zentralen Onlineportal [www.jewish-places.com](http://www.jewish-places.com) geplant.

- Konzeptionelle Entwicklung und Realisierung eines digitalen kartenbasierten Informationsangebots zu historisch belasteten Straßennamen.
- Konzeptionelle Entwicklung und Realisierung der digitalen Kulturgeschichtspfade.

Die neuen Anforderungen im Bereich Digital Memory erfordern angesichts der schnell wachsenden Bedarfe und der spezifischen Anforderungen im Bereich der Digital Humanities die dauerhafte Schaffung einer VZÄ (E 13) sowie die dauerhafte Bereitstellung von jährlich 30.000 € Sachmitteln.

### 2.5.3 Politisch motivierte Gewalt und Terror in München mit Schwerpunkt auf rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt- und Terrorakte

Seit 2015 lässt sich im Arbeitsfeld des Kulturreferats eine deutliche Intensivierung der Auseinandersetzung mit lokalen Ereignissen und Betroffenen von rechter Gewalt in München verzeichnen. Die Auseinandersetzung mit dem Oktoberfest-Attentat ist dabei ein zentrales, aber nicht das einzige Thema. Hierzu gehören auch die historischen Auseinandersetzungen mit dem Terroranschlag im Flughafen München Riem am 10.02.1970, dem antisemitischen Brandanschlag auf das Jüdische Gemeindezentrum in der Reichenbachstraße am 13.02.1970, dem Olympia-Attentat am 05.09.1972, mit dem rechtsterroristischen Anschlag auf die Diskothek Liverpool am 07.01.1984, den NSU-Morden in München am 29.08.2001 und am 15.06.2005 und dem rechtsextremen Attentat am Olympia-Einkaufszentrum am 22.07.2016.

Bei all diesen Anschlägen wurden Menschen in München verletzt oder getötet. Der Wunsch und die Erwartung aus dem Stadtrat und von Betroffenen, sich diesen schwerwiegenden Taten der jüngeren Münchner Stadtgeschichte sowohl inhaltlich intensiver zu widmen und auch deren erinnerungskulturelle Auseinandersetzung in der Stadt offensiv zu gestalten, begrüßt das Kulturreferat ausdrücklich und übernimmt den Auftrag des Stadtrats zur Intensivierung dieses Arbeitsfeldes gerne.

In vielen der o.g. Beispielen ist die historische Grundlagenforschung noch nicht abgeschlossen, weshalb das Kulturreferat an dieser Stelle selbstständig Recherchen unternehmen muss und Kooperationen mit Bildungseinrichtungen eingehen möchte. Für das Kulturreferat stellt gerade die Gewaltgeschichte Münchens von den politischen Morden der Weimarer Republik bis in die jüngste Gegenwart ein zentrales Desiderat dar; mit der Einrichtung dieses neuen Arbeitsschwerpunkts wird ein wichtiger Impuls für die dauerhafte Beschäftigung durch die Landeshauptstadt mit dem Themenfeld gesetzt. Gleichzeitig haben die Erfahrungen aus der Beschäftigung mit den Betroffenen des Oktoberfest-Attentat und den Angehörigen der Getöteten am OEZ gezeigt, dass die Beteiligung und Dokumentation der unmittelbar Betroffenen eine wichtige Voraussetzung für eine gemeinsame erinnerungskulturelle Arbeit darstellt. Dies wird daher auch für die o.g. Beispiele angestrebt.

Auch künftig wird das Kulturreferat die FgR fachlich in die Bearbeitung einbinden.

Derzeit wird dieser Themenkomplex von der Teamleitung des Fachbereichs Stadtgeschichte bearbeitet. Um dem vom Stadtrat geäußerten Wunsch nach erinnerungskulturellen Gesamtkonzepten zu den o.g. Themen adäquat begegnen zu können, wird eine 0,5 VZÄ (E 13) und eine dauerhafte Bereitstellung von jährlichen Sachmitteln i. H. v. 30.000 € beantragt.

### 3. Stellenbedarf

Gemäß den o.g. Angaben und dem Stadtratsantrag vom 09.11.2022 werden 2 VZÄ, E 13 und eine VZÄ, A 10 beantragt.

#### 3.1 Neue Aufgabe

##### 3.1.1 Geltend gemachter Bedarf (in Stellen VZÄ)

Die geltend gemachten Bedarfe beziehen sich auf Erfahrungswerte aus dem Kulturreferat der vergangenen Jahre.

##### 3.1.2 Bemessungsgrundlage

Als Bemessungsgrundlage dienen Erfahrungswerte und Schätzungen des Kulturreferats auf Grundlage der vergangenen Jahre.

#### 3.2 Alternativen zur Kapazitätsausweitung

Alternativen zur Kapazitätsausweitung existieren nicht. Die neuen Arbeitsfelder können nicht bearbeitet werden. Weitere Umverlagerungen von vorhandenen Kapazitäten können nicht mehr vorgenommen werden ohne andere vom Stadtrat beschlossene Projekte nicht mehr umsetzen zu können.

#### 3.3 Zusätzlicher Büroraumbedarf

Der unter Ziffer 2 beantragte zusätzliche Personalbedarf im Umfang von 3 VZÄ im Bereich Abteilung 4 soll ab 2023 dauerhaft im Verwaltungsgebäude des Kulturreferats am Standort Burgstraße 4 eingerichtet werden.

## 4. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

## 4.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten</b>	363.520,-- ab 2023 393.520 ,-- ab 2024	56.000,-- in 2023	
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)* 2 VZÄ E13 = 180.760 € 1 VZÄ A10 = 58.360 €	239.120 € ab 2023		
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)** dauerhaft ab 2023 Geschichte des jüdischen München 15.000 € Migrationsgeschichte 14.000 € Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit 30.000 € Digital Memory 30.000 € Politisch motivierte Gewalt und Terror in München mit Schwerpunkt auf rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt- und Terrorakte 30.000 € Erinnerungszeichen; Rückführung Konsolidierung Historisch belastete Straßennamen einmalig in 2023 50.000 € dauerhaft ab 2024 30.000 €	122.000,-- ab 2023 30.000 € ab 2024	50.000,- in 2023	
Transferauszahlungen (Zeile 12)			
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13) Arbeitsplatzkosten	2.400,-- ab 2023	6.000,-- in 2023	
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	3		

Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten ) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

\* Bei Besetzung von Stellen mit einer Beamtin/einem Beamten entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen i. H. v. etwa 40 % des Jahresmittelbetrages.

\*\* ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

#### 4.2 Anpassungen im Mehrjahresinvestitionsprogramm

Das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2022-2026 wird wie folgt angepasst:

**alt:**

Gedenktafeln und Stelen für NS-Opfer, Unterabschnitt 3550, Maßnahmennummer 9401, Rangfolgenummer 003

(€ in 1.000)

	Gesamtkosten	Finanzierung bis 2021	Programmzeitraum 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Restfinanzierung 2028 ff.
B 935	1.041	42	824	158	158	158	175	175	175	0
G xxx										
S										
Z 36x	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
St.A.	1.041	42	824	158	158	158	175	175	175	0

**neu:**

Gedenktafeln und Stelen für NS-Opfer, Unterabschnitt 3550, Maßnahmennummer 9401, Rangfolgenummer 003

(€ in 1.000)

	Gesamtkosten	Finanzierung bis 2021	Programmzeitraum 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Restfinanzierung 2028 ff.
B (935)	1.075	42	858	158	175	175	175	175	175	0
G xxx										
S										
Z 36x										
St.A.	1.075	42	858	158	175	175	175	175	175	0

Abkürzungen:

B (940) = Baukosten Hochbau ohne KGr. 100. 613 gem. DIN 276/08

E (935) = Ersteinrichtungskosten EEK gem. KGr. 613 gem. DIN 276/08

I (98x) = Investitionsförderungsmaßnahme bzw. Pauschalen für Investitionsfördermaßnahmen

(Hinweis: B beinhaltet auch E und I)

G (932) = Grunderwerb

S = Summe aus B plus G

Z (36x) = Zuschüsse, sonst. Zuwendungen (z. B. Förderanteile ROB)

St. A. = städtischer Anteil

## 4.3 Auszahlungen im Bereich der Investitionstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe Auszahlungen (entspr. Zeile S5 des Finanzrechnungsrechnungsschemas)</b>			Je 17.500,-- von 2023 bis 2024
davon:			
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Zeile 20)			
Auszahlungen für Baumaßnahmen (Zeile 21)			
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Vermögen (Zeile 22)			Je 17.500- von 2023 bis 2024

	dauerhaft	einmalig	befristet
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (Zeile 23)			
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen (Zeile 24)			
Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit (Zeile 25)			

#### 4.4 Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die zusätzlich benötigten Zahlungsmittel sollen nach positiver Beschlussfassung in den Haushaltsplan 2023 aufgenommen werden.

Über die Finanzierung muss sofort entschieden werden, damit die neue Abteilung 4 im Kulturreferat ihre Arbeit fortsetzen kann.

#### 5. Abstimmungen

Das Kommunalreferat, das Personal- und Organisationsreferat sowie die Stadtkämmerei und die Fachstelle für Demokratie haben Kenntnis von der Vorlage. Die Stellungnahmen liegen der Beschlussvorlage als Anlage bei.

Die Vorlage muss als Nachtrag behandelt werden, weil der Stadtratsantrag vom 09.11.2022 und die damit verbundene Finanzierung der Abteilung 4 noch 2022 entschieden und für 2023 haushaltswirksam werden soll. Eine Behandlung in diesem Ausschuss ist notwendig, da ansonsten der Vollzug nicht gewährleistet ist.

Die Korreferentin des Kulturreferats, Frau Stadträtin Schönfeld-Knor, sowie der Verwaltungsbeirat für Bildende Kunst, Literatur, Darstellende Kunst, Musik, Film, Wissenschaft, Stadtgeschichte (Abt. 1), Herr Stadtrat Süß haben Kenntnis von der Vorlage.

## II. Antrag des Referenten:

1. Mit der vorgestellten Neukonzeption der Abteilung 4 – Public History München – im Kulturreferat besteht Einverständnis.

2. Das Kulturreferat wird beauftragt die dauerhafte Einrichtung von drei Stellen (2 x E13, 1 x A10) sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Das Kulturreferat wird darüber hinaus beauftragt, die ab 2023 dauerhaft erforderlichen Personalmittel i. H. v. 239.120 € bei der Stadtkämmerei und dem Personal- und Organisationsreferat anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt\*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen i. H. v. etwa 23.300 € (40% des JMB).

Das Produktkostenbudget 36250100 „Kulturreferat – Förderung von Kunst und Kultur“ erhöht sich im Bereich der Personalmittel ab 2023 dauerhaft um 262.420 €, davon sind 239.120 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).

3. Das Kulturreferat und die Stadtkämmerei werden beauftragt, die
  - einmalig in 2023 erforderlichen Sachmittel i. H. v. 56.000 €,
  - sowie die ab 2023 dauerhaft erforderlichen Sachmittel i. H. v. 124.400 €im Schlussabgleich zum Haushalt 2023 zu berücksichtigen.

Das Kulturreferat wird darüber hinaus beauftragt, die ab 2024 zusätzlich dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel von 30.000 € im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2024 bei der Stadtkämmerei anzumelden.

Das Produktkostenbudget 36250100 „Kulturreferat – Förderung von Kunst und Kultur“ erhöht sich im Bereich der Sachmittel ab 2023 um 180.400 € (davon 56.000 € einmalig in 2023) sowie ab 2024 dauerhaft um weitere 30.000 €. Die Beträge sind in voller Höhe zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).

4. Die Stadtkämmerei wird gebeten im Schlussabgleich 2023 investive Haushaltsmittel i. H. v. 17.500 € auf der Finanzposition 3550.935.9401.6 in den Haushalt des Kulturreferates zusätzlich einzustellen.  
Das Kulturreferat wird beauftragt die erforderlichen zusätzlichen investiven Haushaltsmittel i. H. v. 17.500 € zum Haushalt 2024 auf der Finanzposition 3550.935.9401.6 anzumelden.

5. Das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2022-2026 wird wie folgt angepasst:

**alt:**

Gedenktafeln und Stelen für NS-Opfer, Unterabschnitt 3550, Maßnahmenummer 9401, Rangfolgenummer 003

(€ in 1.000)

	Gesamtkosten	Finanzierung bis 2021	Programmzeitraum 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Restfinanzierung 2028 ff.
B 935	1.041	42	824	158	158	158	175	175	175	0
G xxx										
S										
Z 36x	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
St.A.	1.041	42	824	158	158	158	175	175	175	0

**neu:**

Gedenktafeln und Stelen für NS-Opfer, Unterabschnitt 3550, Maßnahmennummer 9401, Rangfolgennummer 003

(€ in 1.000)

	Gesamtkosten	Finanzierung bis 2021	Programmzeitraum 2022-2026	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Restfinanzierung 2028 ff.
B (935)	1.075	42	858	158	175	175	175	175	175	0
G xxx										
S										
Z 36x										
St.A.	1.075	42	858	158	175	175	175	175	175	0

6. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragten Stellen keinen zusätzlichen Büro-raumbedarf auslösen.
7. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03255 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 09.11.2022 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
8. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**III. Beschluss:**  
nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand entscheidet endgültig die Vollversammlung des Stadtrats.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die / Der Vorsitzende:

Der Referent:

Ober-/Bürgermeister/-in  
ea. Stadträtin / ea. Stadtrat

Anton Biebl  
Berufsm. Stadtrat

- IV. Abdruck von I., II. und III.  
über D-II-V/SP  
an die Stadtkämmerei  
an das Direktorium – Dokumentationsstelle  
an das Revisionsamt  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- V. Wv. Kulturreferat (Vollzug)

-----  
Zu V. (Vollzug nach Beschlussfassung):

1. Übereinstimmung vorstehender Ausfertigung mit dem Originalbeschluss wird bestätigt.
2. Abdruck von I. mit V.  
an GL-2  
an die Stadtkämmerei SKA 2.3  
an die Stadtkämmerei SKA 2.12  
an das Kommunalreferat  
an das Personal- und Organisationsreferat  
an FgR  
mit der Bitte um Kenntnisnahme bzw. weitere Veranlassung.

3. Zum Akt

München, den .....  
Kulturreferat